



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1885

04.1885 - Bericht Nr.3

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bremen, April 1885.

Bericht der Budgetkommission.

(F. C. Achelis, D. H. Lonke, Ph. C. Meyer, Chr. Papendieck, A. Steinhäuser, A. Tebelmann, D. G. Volkmann.)

Die Kommission hat das Budget für das Jahr 1885/86 geprüft und beehrt sich, das Resultat ihrer Verhandlungen im Folgenden der Bürgerschaft mitzutheilen, indem sie die unter Zugrundelegung des Generalbudgets zu den einzelnen Positionen von ihr gefaßten Beschlüsse als Anträge zur Annahme empfiehlt.

Außerordentliche Einnahmen.

I. Veräußerte Staatsgüter.

1. Grundstücke, Gutsherrrechte u.

Die Bürgerschaft erhöht den hierfür ausgeworfenen Betrag, namentlich in Rücksicht auf die verkauften Ländereien in Ursten und Stroh in von *M.* 10 000 auf *M.* 75 000.

Ordentliche Einnahmen.

I. Von Eigenthum und Rechten.

4. Eisenbahnen.

e. Materiallager. (Spezial-Budget Nr. 6 sub 7.) Unter der Voraussetzung, daß die Bürgerschaft die von der Deputation für Häfen und Eisenbahnen laut Spezial-Budget Nr. 96 sub 1—3 gestellten Anträge genehmigt, wodurch eine Verwendung der vorhandenen Materialien ermöglicht wird, ist der Betrag von *M.* 1000 auf *M.* 10 000 zu erhöhen.

6. Zinsen vom Verkaufspreise der Eisenbahnen.

Die Finanzdeputation hat auf Grund der ihr durch Beschluß der Bürgerschaft vom 18. März dieses Jahres erteilten Ermächtigung über die von Preußen zu erwartenden 16 Millionen Mark eine solche Verfügung getroffen, daß hier nur die Zinsen für 4 Monate mit *M.* 213 333.33 eingestellt werden können.

IV. Gebühren, Geldstrafen.

8. Generalsteueramt.

Die hier verzeichneten Erträge der beiden letzten Jahre differiren mit der im Spezial-Budget Nr. 19 enthaltenen Spezifikation um über 9000 *M.*, was auf Grund veranlaßter Nachfrage dadurch zu erklären ist, daß die vom Generalsteueramt im Auftrage anderer Verwaltungen exekutivisch eingezogenen Beträge bisher nicht in der Einnahme veranschlagt worden sind. Da aber eingezogene Erkundigungen an kompetenter Stelle ergeben haben, daß mit Sicherheit für dieses Jahr auf eine derartige Einnahme von *M.* 8000 zu rechnen ist, so beantragt die Budgetkommission statt *M.* 20 000 *M.* 28 000 einzustellen und dabei zu beschließen, daß künftig für diese Mehreinnahme im Spezial-Budget ein besonderer Posten eingerichtet werde.

Ordentliche Ausgaben.

I. Senat und Bürgerschaft.

1. Honorar des Senats.

Durch das Ableben des Herrn Senator Grave ist die Position „Pensionen“ im Spezial-Budget Nr. 24 um *M.* 5760 zu ermäßigen. Behufs Abrundung wird beantragt, auch die Position „Vakanzfälle“ um 240 *M.* herabzusetzen, und als Schlußsumme *M.* 155 000 statt 161 000 *M.* einzustellen.

II. Rechtspflege.

1. Oberlandesgericht.

Nachdem die Bürgerschaft in der Sitzung vom 25. März dieses Jahres der Vermehrung der Zahl der Mitglieder des hanseatischen Oberlandesgerichts zugestimmt hat, ist die Position „Gehalte“ im Spezial-Budget Nr. 30 dementsprechend zu erhöhen und wird beantragt, statt *M.* 24 520 einzustellen *M.* 32 520.

6. Amtsgericht Bremerhaven.

Der Budgetkommission wurde ein Schreiben des Amtsgerichts mitgeteilt, nach welchem der unter II 6 im Spezial-Budget Nr. 35 eingestellte Betrag um *M.* 1500 reduziert werden kann, so daß der ursprünglich geforderte von *M.* 59 000 sich um diese Summe, also auf *M.* 57 500 ermäßigt.

III. Polizei.

1. Allgemeine Ausrüstungskosten.

Es wird in Folge eingezogener Erkundigungen beantragt, die Position 1 im Spezial-Budget Nr. 39 um *M.* 2000 zu ermäßigen.

10. Landherrnamt.

In Ausführung des Beschlusses der Bürgerschaft vom 25. Februar dieses Jahres ist im Spezial-Budget Nr. 45 unter I Gehalte eine neue Position mit *M.* 300 einzustellen für Wahrnehmung haupolizeilicher Funktionen im Landgebiet durch Baukommissar Bülf. Es wird beantragt, die Position II 4 „Bureaukosten“ um *M.* 300 zu ermäßigen, so daß der veranschlagte Betrag von *M.* 55 900 unverändert bleibt.

12. Amt Bremerhaven.

Nachdem von Senat und Bürgerschaft die beantragte Umwandlung des Hafenvächterkorps in ein Hafenpolizeikorps abgelehnt, dagegen die Anstellung eines Polizeiwachtmeisters und zweier Schuzmänner genehmigt ist, so sind in dem Spezial-Budget Nr. 47 einige Veränderungen vorzunehmen und zwar ist:

I sub 6 Schuzmänner um *M.* 1800 zu erhöhen, nämlich 2 à 1200—1560 für $\frac{3}{4}$ Jahr. Statt *M.* 20 040 ist einzustellen *M.* 21 840.

sub 7 ist die Summe von 1170 + 1080 mit *M.* 2250 in die Linie zu rücken und in der folgenden Zeile „für 6 Monate“ zu streichen und statt *M.* 7425 einzustellen *M.* 12 600.

sub 8 ist zu streichen. Die Position I „Gehalte“ erhöht sich durch diese Veränderungen um *M.* 2475 auf *M.* 55 015.

Unter II „Sachliche Ausgaben“ wird die Position sub 5 „Ausrüstung u.“ um *M.* 1300 ermäßigt, wodurch sich eine Schlusssumme von *M.* 105 975 ergibt gegen eingestellte *M.* 104 800; also eine Erhöhung von *M.* 1175.

IV. Finanzen.

3. Zinsen der Staatsschuld.

Wegen der vollzogenen Kündigung der Conf. 4 pCt. Schuld von 1880 ist im Spezialbudget Nr. 50 sub 3 statt der Zinsen eines Jahres ein Betrag für 6 Monate mit *M.* 735 000 einzustellen; ferner eine neue Position: Conf. $3\frac{1}{2}$ pCt. Schuld von 1885 (*M.* 22 000 000)

mit *M.* 385 000 aufzunehmen. Die Schlusssumme ermäßigt sich dadurch um *M.* 350 000 von *M.* 2 417 000 auf *M.* 2 067 000.

5. Öffentliche Grundstücke.

Mit Rücksicht darauf, daß die Ausgaben früherer Jahre erheblich unter dem gegenwärtigen Anschlag sind, ermäßigt die Bürgerschaft im Spezial-Budget Nr. 52 die Positionen:

I. Großer Stadtwerder von *M.* 4350 auf *M.* 4000

II. Bürgerweide . . . = = 2500 = = 2000.

Sie setzt ferner die Position IV „Stadttheater“ von *M.* 8500 auf *M.* 8000 herab, indem sie für Inventar und Unterhaltung statt beantragter *M.* 3000 nur *M.* 2500 bewilligt.

Endlich streicht sie von Position V „Sonstige Grundstücke“ *M.* 3000 und stellt statt *M.* 14 000 nur *M.* 11 000 ein.

Die Schlusssumme dieses Budgets ermäßigt sich dadurch um *M.* 4350 und beträgt nunmehr *M.* 38 050 statt *M.* 42 400.

6. Steuererhebung.

Die Bürgerschaft ersucht um einen Bericht der Steuerdeputation darüber, ob durch die Aufhebung der Umsatzsteuer nicht der Beamtenetat etwas ermäßigt werden könne.

Die Bürgerschaft lehnt die im Spezial-Budget Nr. 54 beantragte Uebertragbarkeit ab. Obgleich die Ausgaben im Anschlag gegenüber dem Budget pro 1884 um *M.* 2500 niedriger sind, so erscheinen sie doch gemäß den Erfahrungen früherer Jahre einzeln noch hoch genug gegriffen, um die Bedürfnisse zu decken.

7. Katasteramt und Steuerkontrolle.

Die wirklichen Ausgaben des Jahres 1883 lassen im Spezial-Budget Nr. 54 die Reduzierung einiger Positionen gerechtfertigt erscheinen; es wird beantragt unter „Sachliche Ausgaben“ daselbst

sub 1, Schreib- und Zeichenbedarf,

M. 300 weniger, also *M.* 900

sub 2, Druckkosten, Buchbinder,

M. 300 weniger, also = 1500

sub 3, Katasterarbeiten u.,

M. 500 weniger, also = 4300

einzustellen. Die Schlusssumme vermindert sich dadurch um *M.* 1100 auf *M.* 63 700.

V. Unterricht.

1. Hauptschule. (Spezial-Budget Nr. 55.)

Die Bürgerschaft stellt *M.* 2450 für Erneuerung der Fußböden in den Klassen unter Vorbehalt späterer Genehmigung ein.

Die Bürgerschaft wünscht Auskunft über die Ursache des Rückgangs des für Miethen eingestellten Betrags.

2. Realschulen.

Die Bürgerschaft streicht die im Spezial-Budget Nr. 56 für jede Schule besonders eingestellten Beträge für Krankheits- und besondere Fälle; ist aber damit einverstanden, daß für dieses Jahr eine neue Position: III „Gemeinsame Ausgabe“ für diesen Zweck mit *M.* 4000 eingestellt werde.

6. Landschulen.

Es ist der Budgetkommission mitgeteilt worden, daß Titel 13 im Spezial-Budget Nr. 60 wegen Errichtung einer neuen Klasse um *M.* 1000 erhöht werden müsse; sie beantragt demgemäß, die Schlußsumme mit *M.* 159 000, statt ursprünglicher *M.* 158 000 zu genehmigen.

VI. Bauwesen.

2. Hochbau.

Die Budgetkommission hat sich veranlaßt gesehen, bei diesem Budget Nr. 67 verschiedene Abstriche zu beantragen. Sie ist der Meinung, daß angesichts unserer Finanzlage, welche die größte Einschränkung erfordert, an und für sich wünschenswerthe aber nicht durchaus notwendige Einrichtungen und Verbesserungen zurücktreten müssen, vorausgesetzt, daß ein öffentliches Interesse nicht darunter leidet. Andererseits glaubt sie, daß mit der geforderten Summe für „Gewöhnliche Unterhaltung“, die sich bei jedem Titel findet und, einschließlich der Position für unvorhergesehene und größere Reparaturen, eine Gesamthöhe von *M.* 55 770 erreicht, das Nothwendigste jedenfalls beschaffen lassen werde.

Die Kommission beantragt demnach zu streichen:

Titel 1. Rathhaus,	
Oberer Hallenfußboden <i>M.</i> 4000	
Stadthaus, Delanstrich . . . = 2500	
Umpflasterung = 200	
Lindenhof, Malen = 400	
Neupflasterung = 150	
Anstrich der Korridore = 200	
Landherrenamt, Umpflasterung = 300	
Malen und Tapezieren = 100	
Delanstrich = 300	
	<i>M.</i> 8150
Titel 4. Feuerwachen, Umpflasterung <i>M.</i> 350	
Westerstraße, Delanstrich . . . = 140	
Fahrerstube, Verlegung . . . = 600	
	= 1090
Titel 5. Gefängnisse. Gew. Unterhaltung	
(statt <i>M.</i> 4500 <i>M.</i> 4000) = 500	
Titel 12. Volksschulen.	
Großenstraße, Aborte, statt	
<i>M.</i> 4200 <i>M.</i> 3100 . . <i>M.</i> 1100	
Buntenthorssteinweg,	
Windfang = 500	
Anstrich = 300	
Schmidtstraße, Renovirung,	
statt <i>M.</i> 250 <i>M.</i> 150 . . = 100	
	Transport <i>M.</i> 2000 <i>M.</i> 9740

Transport *M.* 2000 *M.* 9740

Birkenstraße, Kellerfenster	
und Anstrich = 250	
Lessingstraße, Anstrich der	
Schulräume = 1000	
Nordstraße, Anstrich der	
Schulräume = 1000	
Neustadtswall, Windfang . . = 250	
Vorgartenspitzen und	
Anstrich = 200	
	= 4700
Titel 13. Realschulen, Einfriedigungsmauer . . . = 1800	
Titel 15. Domanbau,	
Anstrich der Decken . . <i>M.</i> 250	
Statt 11 Luftscheiben 6,	
weniger = 200	
	= 450
Titel 19. Weinkeller, Delanstrich des Echoaales . = 1000	
Titel 20. Vermietete Gebäude.	
Gewöhnliche Unterhaltung,	
statt <i>M.</i> 9500 <i>M.</i> 9000,	
weniger <i>M.</i> 500	
Stadttheater, Schiebethür . = 260	
Anstrich der	
Ankleidezimmer . . = 150	
2 Thüren = 300	
1 Treppe an der	
Hinterseite . . . = 200	
Laternen 2 statt 4,	
weniger = 150	
Dienstwohnungen = 2000	
	= 3560
Titel 21. Gr. Pissoir, Friesenstraße <i>M.</i> 1300	
Gr. Pissoir, Tivoli = 1300	
	= 2600
Titel 22. Baubureau,	
Holzstraße, Malen . . <i>M.</i> 200	
Werderstraße 21 a,	
Pflaster = 1240	
Renovirung = 200	
	= 1640
Titel 23 wird unter Genehmigung des für	
gewöhnliche Unterhaltung eingestellten	
Betrags von <i>M.</i> 900 im Uebrigen	
reduzirt um = 760	
Die hiernach beantragten Abstriche ergeben <i>M.</i> 26 250	
und ist daher statt <i>M.</i> 128 272 als Schlußsumme dieses	
Spezial-Budgets einzustellen <i>M.</i> 102 022.	
5. Wegbau.	
Unter Berücksichtigung der zu genehmigenden Ueber-	
tragbarkeit der Positionen II im Spezial-Budget Nr. 69	
wird eine Reduzirung um <i>M.</i> 2000 beantragt, so daß statt	
veranschlagter <i>M.</i> 47 500 einzustellen sind <i>M.</i> 45 500.	

7. Eisenbahnen.

Die Bürgerschaft ersucht um einen Bericht darüber, ob die bisher von der Deputation für Häfen und Eisenbahnen verpachteten Ländereien nicht zweckmäßiger der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke zu unterstellen seien.

VIII. Hafenanstalten.

2. Begeack.

Im Spezial-Budget Nr. 75 wird die Position 2) „Unterhaltung w.“ um *M.* 500 vermindert, da die in früheren Jahren geforderte Summe nie verausgabt ist.

IX. Vermischte Ausgaben.

3. Quartier- und Ersatzwesen.

Die Kommission giebt es der Bürgerschaft anheim, ob sie die Kreirung eines Kanzlistenposten beschließen will. Sollte solches geschehen, so beantragt sie daran die Bedingung zu knüpfen, daß, wenn wie anzunehmen, der ältere Schreiber vom Senate damit betraut werden sollte, demselben höchstens 2 Alterszulagen bewilligt werden.

8. Wissenschaftliche Sammlungen.

Die Bürgerschaft lehnt die im Spezial-Budget Nr. 85 sub 4 beantragte außerordentliche Forderung von *M.* 600 für Anschaffung zweier Schränke ab. Sie erinnert dabei an die früheren Verhandlungen wegen Uebernahme der Sammlungen, wobei nur eine Budgetbelastung von ca. *M.* 10 000 in Aussicht genommen worden ist. Sie ist der Meinung, wenn die Beschaffung zweier Schränke durchaus nothwendig sein sollte, dieselbe aus der Position 3 zu entnehmen ist, indem man sich bei den gewöhnlichen Anschaffungen thunlichst einschränkt.

Außerordentliche Ausgaben.

I. Bauten und Anlagen.

1. Straßenbau.

Die Bürgerschaft bewilligt hierfür statt beantragter *M.* 170 460 nur *M.* 100 000 und ersucht die Deputation, innerhalb dieser Grenze ein neues Budget aufzustellen.

2. Wegbau.

Die Bürgerschaft reduziert den Anschlag um *M.* 3100, indem sie den im Spezial-Budget Nr. 94 geforderten Posten für Verbreiterung der Borgfelder Heerstraße wiederholt ablehnt.

6. Umbau der Rembertischule.

Die Budgetkommission empfiehlt folgende Erklärung:
Wenngleich die Bürgerschaft der Meinung ist, daß die durch den projektierten Umbau der Rembertischule zu erzielenden

Verbesserungen als wünschenswerthe bezeichnet werden dürfen, so hat sie doch nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die geforderte Summe von *M.* 54 800 resp. *M.* 57 100 dafür zu rechtfertigen ist, namentlich wenn sie berücksichtigt, daß dem Raummangel nicht einmal in der Weise abgeholfen wird, um die schon jetzt vorhandene Schülerzahl normalmäßig unterzubringen. Da also schon gegenwärtig das Bedürfniß nach einer entgeltlichen Volksschule in der östlichen Vorstadt vorliegt, so hält die Bürgerschaft es sowohl im finanziellen als auch im Interesse der Schule, wenn sie den projektierten Umbau ablehnt und die Bau- und Schuldeputation beauftragt, sich um einen Platz für den Neubau einer 8- resp. 16klassigen entgeltlichen Volksschule zu bemühen.

7. Grunderwerb und erste Rate für neuen Schulbau in der westlichen Vorstadt

wird unter Vorbehalt eingestellt.

8. Instandsetzung und Delen der Fußböden in Volksschulen, Realschulen und Seminar desgleichen.

9. Strafanstalt.

Durchführung der Korridore und Neulegung der Korridorfußböden desgleichen.

10. Stadttheater.

Verbesserungen. Die Bürgerschaft bewilligt für dieses Jahr statt beantragter *M.* 17 300 nur *M.* 10 000, es der Verwaltung überlassend, das Nothwendigste dafür zu besorgen.

11. Moorversuchstation

ist laut Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 4. März dieses Jahres um *M.* 350 auf *M.* 29 350 zu erhöhen.

12. Chemisches Laboratorium

ist laut Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 4. März dieses Jahres um *M.* 4150 auf *M.* 20 150 zu erhöhen.

14. Ergänzung der Häfen- und Eisenbahnanlagen.

Die Bürgerschaft lehnt die im Spezial-Budget Nr. 96 sub 4 und 6 gestellten Anträge mit *M.* 46 000 und *M.* 7000 ab und bewilligt statt *M.* 128 000 nur *M.* 75 000.

II. Vermischte Ausgaben.

1. Ankauf eines Grundstücks zur Vergrößerung der Rembertischule mit *M.* 14 800 lehnt die Bürgerschaft ab.

Eine Zusammenstellung der Kapitel nach obigen Veränderungen ergibt nun folgendes Resultat:

Außerordentliche Einnahmen.

I. Veräußerte Staatsgüter	M. 76 000 .—
II. Vermischte Einnahmen	= 41 000 .—
	<u>M. 117 000 .—</u>

Ordentliche Einnahmen.

I. Von Eigenthum und Rechten	M. 2 054 333 .33
II. Direkte Steuern	= 4 570 000 .—
III. Indirekte Steuern	= 1 983 000 .—
IV. Gebühren und Geldstrafen	= 357 500 .—
V. Vermischte Einnahmen	= 231 500 .—
	<u>M. 9 196 333 .33</u>
Außerordentliche Einnahmen	M. 117 000 .—
Ordentliche Einnahmen	= 9 196 333 .33
Total der Einnahmen	M. 9 313 333 .33
Deficit	= 1 071 881 .67
	<u>M. 10 385 215 .—</u>

Außerordentliche Ausgaben.

I. Bauten und Anlagen	M. 449 620 .—
II. Vermischte Ausgaben	= 16 600 .—
	<u>M. 466 220 .—</u>

Ordentliche Ausgaben.

1. Senat und Bürgerschaft	M. 297 100 .—
2. Rechtspflege	= 629 181 .—
3. Polizei	= 1 046 885 .—
4. Finanzen	= 3 003 950 .—
5. Unterricht	= 1 269 950 .—
6. Bauwesen	= 694 714 .—
7. Eisenbahnen	= 397 400 .—
8. Hafenanstalten	= 430 550 .—
9. Vermischte Ausgaben	= 492 765 .—
10. Reich und Auswärtiges	= 1 656 500 .—
	<u>M. 9 918 995 .—</u>
Außerordentliche Ausgaben	= 466 220 .—
	<u>M. 10 385 215 .—</u>

Die Kommission hat sich angeichts des bedeutenden Deficits mit der Frage beschäftigt, ob es zur Herstellung des Gleichgewichts in der Einnahme und Ausgabe geboten sei, die Erhöhung bestehender Steuern oder die Einführung einer neuen vorzuschlagen. Sie sieht aber vor der Hand davon ab, da sie, wenn sie sich auch nicht der Hoffnung hingeben darf, daß die Einnahmen den Anschlag so erheblich übersteigen, und andererseits die Ausgaben so sehr unter demselben bleiben, daß am Schlusse des Rechnungsjahres dadurch das budgetmäßige Defizit verschwunden sein wird, doch der Meinung ist, daß den Erfahrungen

früherer Jahre zufolge, dasselbe erheblich herabgemindert sein wird. Sie empfiehlt daher, das Defizit auf die Ueberschüsse früherer Jahre, welche nach der letzten Abrechnung ca. 2 283 000 M. betragen, anzuweisen.

Die in den verschiedenen Spezial-Budgets beantragte Uebertragbarkeit empfiehlt die Kommission, soweit nicht im Obigen anders beantragt ist, zu genehmigen. Auch erklärt sie sich mit den im Spezial-Budget Nr. 66 beantragten Gehaltserhöhungen einverstanden.

Die Budgetkommission.

Becken
Gebh
Sucht

Barth
Behre

I.

II.

III.

IV.

V.